

04.06.2018

PRESSEMITTEILUNG

Schöffen Wahl: Linke kritisiert Falsch-Information durch Oberbürgermeister Mädge

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Lüneburg kritisiert Oberbürgermeister Mädge und die SPD dafür, dass sie ihre Zustimmung zu zwei rechtsradikalen Schöffen mit formalrechtlichen Gründen rechtfertigen: „Der Oberbürgermeister hat den Rat vor der Abstimmung über die Liste falsch informiert. Es wurde der Eindruck erweckt, dass die Streichung einzelner Namen nicht möglich sei, dabei ist genau das Aufgabe des Rates, die Kandidatinnen und Kandidaten auf Eignung für das Amt zu überprüfen“, kritisiert David Amri, Fraktionsvorsitzender der Linken.

DIE LINKE. verweist dabei unter anderem auf den Landesverband Niedersachsen/Bremen der Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen: „Direkt auf der Startseite des Landesverbandes der Schöffinnen und Schöffen steht, dass Ratsmitglieder vor der Abstimmung weitere Vorschläge für die Liste machen dürfen oder eben auch Streichungen vornehmen können. Auch der Bundesgerichtshof betont in einem Urteil vom 30.07.1991, dass die individuelle Vorauswahl urteilsfähiger Personen durch die Gemeindevertretung genau dem Sinn und Zweck des Abstimmungsverfahrens entspricht. Der Oberbürgermeister und Rechtsdezernent Markus Moßmann haben in der Ratssitzung aber den Eindruck erweckt, als könne nur das Gericht Änderungen an der Liste vornehmen. Das hat das Abstimmungsverhalten der Ratsmitglieder entscheidend beeinflusst“, kritisiert David Amri.

„Insgesamt ist fraglich, inwiefern die Verwaltung ihrer Pflicht auf Prüfung der Liste und ihrer Informationspflicht nachgekommen ist. Allein bei der Altersprüfung finden sich bereits 4 Fehler in der Liste. Der Einspruch der LINKEN, bereits eine Woche vor der Sitzung, wegen Unvereinbarkeit zweier Kandidaten mit Grundsätzen der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit wurde gegenüber dem Rat nicht transparent gemacht. Es wäre Aufgabe des Oberbürgermeisters gewesen, den Einwand der LINKEN z.B. anhand der Listen zur Kommunalwahl zu verifizieren. Stattdessen wurde uns als LINKE Rechtsbruch vorgeworfen, nur weil wir die Liste nicht einfach durchwinken wollten. Auch die Ratsmitglieder hätten bei der Aufstellung der Vorschlagslisten mehr Sorgfalt walten lassen müssen, statt eine von der Verwaltung vorbereitete Liste trotz des Hinweises auf Rechtsradikale einfach abzunicken.“

David Amri weiter: „Wir werden nun prüfen, inwiefern die Rechtmäßigkeit des Ratsbeschlusses durch die fehlerhafte rechtliche Aufklärung von Seiten der Verwaltung in Frage gestellt wird. Wir wollen um jeden Preis verhindern, dass Menschen vor einem Gericht durch Neonazis auf Grund ihres Aussehens, ihrer politischen Einstellung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität besonders hart verurteilt werden.“